

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden, Neudorfstr. 10
Verleger: Carl Neubauer
Druck: Carl Neubauer

Bezugspreis bei halbjährlicher Lieferung monatlich 2.30 RM. (einschließlich 10 % U. V. für Porto).
Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 10 % U. V. für Porto).
Abbestellungstermin: 15. August 1932.

Abbestellungstermin: 15. August 1932.
Abbestellungstermin: 15. August 1932.

Das Ergebnis der Konferenz von Reuders

Hindenburg mit der Reichsregierung einig

Reuders, 30. August. Amlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler von Papen, den Reichsminister des Innern Freiherrn von Gahl und den Reichswehrminister von Schleicher zum gemeinsamen Vortrag über die schwebenden Fragen der Innenpolitik, insbesondere das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Der Reichspräsident erteilte seine Zustimmung zu den von der Reichsregierung geplanten, vom Reichskanzler in seiner Rede in Münster in den Grundzügen bekanntgegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Der Reichspräsident erlaubte dem Reichskanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen insbesondere darauf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe. — Die eingehende Befragung der innerpolitischen Lage ergab v. a. eine Uebereinstimmung zwischen dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Nach diesem amtlichen Kommuniqué kann es auch als sicher erscheinen, daß der Reichspräsident dem Reichskanzler die Vollmacht zur Auflösung des

Reichstages erteilt hat. Der Konflikt mit dem Parlament wird durch die in der amtlichen Verlautbarung ausdrücklich unterstrichene Einmütigkeit der Auffassungen von Reichspräsident und Reichsregierung noch verschärft. Vielleicht liegt eine bestimmte Absicht darin, durch dieses Kommuniqué auf den Reichstag selbst noch einzuwirken und seine Entschlüsse zu beeinflussen. Wenn die amtliche Mitteilung es auch nicht direkt zum Ausdruck bringt, so ergibt sich aus ihrem Sinne doch erneut, daß der Reichspräsident am Präsidialkabinett festhält. Der ausdrückliche Hinweis auf die Rede des Reichskanzlers in Münster kann nur dahin gedeutet werden, daß sich der Reichspräsident auch mit der innerpolitischen Einstellung des Kanzlers identifiziert.

Bereits heute nachmittag dürfte sich zeigen, wie sich nun der Reichstag selbst zu verhalten gedenkt und ob angesichts der starken Unterstützung des Kabinetts von Papen durch den Reichspräsidenten das Präsidium des Reichstages, das bekanntlich heute schon gewählt werden soll, noch Wert auf eine Fahrt nach Reuders legen wird.

„Generalangriff auf die Arbeitslosigkeit“

Berlin, 30. August. Ueber die sozialpolitische Seite des Wirtschaftsprogramms hören wir von amtlicher Seite: Die Reichsregierung hat sich zu einem Generalangriff auf die Arbeitslosigkeit entschlossen. Die Zahlung der Prämien für Arbeitereinstellungen ist gerechtfertigt, weil dadurch das Reich einen Zuschuß für den Arbeitslosenfonds erhält.

Der einzelne Arbeitslose kostet dem Reich bisher 500 Reichsmark. Wenn es jetzt 400 Reichsmark Zuschuß an jeden Arbeitgeber für Neueinstellung einer weiteren Arbeitskraft gibt, so werden dadurch für den Arbeitslosenfürsorgefonds 100 Reichsmark gewonnen.

Das ist eine sehr wesentliche Folge der Prämienvergütung. Die Unterstützungssätze mußten im Juli stark gesenkt werden, weil das Reich sonst mit seinen Mitteln nicht ausgekommen wäre. Für die Wintermonate muß sich die Reichsregierung daher entschließen, gerade für die kinderreichen Familien etwas zuzulegen.

Darüber hinaus gilt es aber, die Tarife, die an sich gewahrt werden sollen, auszuüben. Wenn ein Arbeitgeber, bei dem die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden beträgt, mehr Arbeitskräfte einstellt, dann soll er gewisse Tarifleistungen bekommen. Das wesentlichste des Tarifvertrages ist seine Unabdingbarkeit. An ihr soll unbedingt festgehalten werden. Wenn Abweichungen zugelassen werden, so müssen ganz bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. So ist vorgegeben, daß der Mindestlohn für den Arbeiter erhalten bleibt, und außerdem, daß nur für 40 Wochenstunden ein gewisser Abschlag stattfinden kann. Das soll für die Unternehmung ein Ansporn sein, möglichst viele Arbeiter einzustellen.

Die tarifmäßigen Entlastungen dürfen nicht dazu beitragen, daß der Gesamtlohn herabgedrückt wird.

Judem ist, wie weiter mitgeteilt wird, daran gedacht, einen wesentlichen Teil der neuen Maßnahmen zu befristeten, etwa bis Ende März des nächsten Jahres. Die 400 Reichsmark Prämie für die Einstellung weiterer Arbeiter wird auch an die Reichsbahn gestrichelt werden, damit auch die Reichsbahn Mittel für Maßnahmen machen kann, um möglichst viele Aufträge herauszubringen und so an der Verminderung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken.

Staatssekretär Trendelenburg Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. An Stelle des Geheimen Regierungsrats Prof. Dr. Herxner ist Staatssekretär Dr. Ernst Trendelenburg als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates berufen worden.

Ein tschechisches Militärflugzeug abgefeuert. Am Montagvormittag 10 Uhr fürzte über dem Flugplatz in Eger ein tschechisches Militärflugzeug ab. Das Flugzeug wurde zertrümmert, der Pilot getötet.

Der Reichstag tritt zusammen

Strenge Absperrungen um den Wallot-Bau

Berlin, 30. Aug. Schon zu früher Morgenstunde hatten sich vor dem Reichstag am Dienstag die ersten Neugierigen ein. An der Kartenausgabe wurde jedoch denen, die sich schon morgens anstellen, um Einlasskarten zu bekommen, von den Beamten nochmals bedeutet, daß für heute keine Aussicht mehr besteht, eine Tribünenkarte zu erhalten. Im Laufe des Vormittags vergrößerten sich dann die Gruppen debattierender Leute, namentlich vor dem Portal II des Reichstages, durch das die Abgeordneten das Gebäude betreten. Wie üblich, hatten auch Fotografen und Filmleute ihre Apparate auf diesen Eingang gerichtet, um recht schnell Bilder der neuen Volksvertreter der Weimarer Republik abzulassen zu können. Die Absperrungsmaßnahmen setzten sich erst am späten Nachmittag ein. Die zahlreichen Gruppeninspektionen der Schupo sind in erhöhtem Maße bereitwillig abgelehnt worden.

Der kommunistische Fraktionsführer Loraker hat das Material für die Alterspräsidentin Frau Seifin entgegengenommen und diese über ihre Amtspflichten unterrichtet.

Die kommunistische Alterspräsidentin, Frau Seifin, ist in den Vormittagsstunden von Parteifreunden in das Reichstagsgebäude geleitet worden, und zwar durch ein Seitenportal, so daß sie den Tonfilmoperatoren, die Erfrischungsbüro betätigen, entgangen ist. Die Erfrischungsbüro betätigen von Frau Seifin wird, wie verlautet, so gehalten sein, daß sie sich nicht von verschiedenen Stellen des Hauses hervorrufen, doch nimmt man an, daß die Opposition gegen Frau Seifin in einem Richtbetreten oder in vorübergehendem Verlassen des Sitzungssaales zum Ausdruck kommt, so daß ernüchterte Konstituierung des Reichstages durch den Aufruf der Namen der neugewählten 608 Abgeordneten etwa im Zeitraum einer Stunde erfolgen kann.

Kein Ansehen nach wird also, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, die Arbeit durchgeföhrt werden können, das Präsidium schon in der ersten Sitzung oder, sofern Widerspruch erfolgt, in einer sofort anzuberaumenden zweiten Sitzung zu wählen.

Nach den bisherigen Vereinbarungen soll dann dieses neue Präsidium unter Führung des nationalsozialistischen Präsidiums beim Reichspräsidenten in Reuders um eine Unterbrechung nachsuchen, in der das Bedenken einer Reichstagsauflösung nachsuchen, in der das Bedenken einer Reichstagsauflösung nachsuchen, in der das Bedenken einer Reichstagsauflösung nachsuchen.

Die üblich, werden die neugewählten Abgeordneten, ehe sie in die erste Reichstagsitzung gehen, an einem Festgottesdienst teilnehmen.

Sowohl der evangelische Gottesdienst im Dom wie auch der katholische in der Dreifaltigkeitskirche beginnen um 12 Uhr. Aus diesem Grunde sind die meisten Fraktionsführungen verschieben worden und finden erst unmittelbar vor der auf 13 Uhr angelegten Vollversammlung des Reichstages statt. Nur Sozialdemokraten und Kommunisten beraten schon vorzeitig.

In der näheren Umgebung des Reichstagsgebäudes sammelte sich in den Mittagsstunden eine immer größer werdende Menschenmenge an, die langsam von einem starken Vollgelaufgebot abgedrängt wurde. Größere Absperrungs-

maßnahmen setzten in den ersten Nachmittagsstunden ein. Die nationalsozialistischen Abgeordneten betreten das Gebäude zum größten Teil im Braunkemal, teils auch in der schwarzen SS-Uniform.

Löbe kandidiert wieder

Berlin, 30. August. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Dienstagmorgen, den bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe wieder als Kandidaten für diesen Posten aufzustellen. Die Fraktion ist nämlich der Auffassung, daß man den Anspruch der größten Fraktion, nämlich der Nationalsozialisten, auf den Präsidentenstuhl in diesem Falle nicht anerkennen könne, weil die Nationalsozialisten keine Gewähr für die Achtung der Reichsverfassung böten. Falls, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, trotzdem ein Nationalsozialist zum Präsidenten des Reichstages gewählt werden sollte, so werden die Sozialdemokraten Löbe auch für den Posten des 1. Vizepräsidenten in Vorschlag bringen.

Der Preußenlandtag tagt nur heute

Beratung bis zum 21. September

Berlin, 30. Aug. Der Beratungsplan des Landtags, der ursprünglich in Aussicht genommen war, wird eine Änderung erfahren. Die Zentrumsfraktion hat den Wunsch geäußert, daß der Landtag sich bereits heute nach Erledigung der Debatte über die Einhebung des Reichskommissars bis zum nächsten Sonntag vertagen möge. Diesem Wunsch hat der Reichsrat entsprochen. Die Beratung des Plenums bis zum 21. September läßt darauf schließen, daß die

Schwarzbraune Koalition nach wie vor noch nicht spruchreif ist.

Auch entfallen damit zunächst alle Vermutungen, die dahin gingen, daß es unter Umständen zu einer überraschenden Ministerpräsidentenwahl bereits heute kommen könnte.

Präsident Kerrl teilte ferner im Reichsrat mit, daß er eine Protesterklärung gegen das letzte Schreiben des stellvertretenden Reichskommissars, Dr. Bracht, bekanntgeben werde, worin der stellvertretende Reichskommissar behauptet hatte, daß seine Regierung sich dem Landtag gegenüber nicht verantwortlich fühle und sich um keine Beschlüsse nicht kümmern werde. Abg. Kube (Natsos.) fügte hinzu, daß die Behauptung Dr. Brachts gegen ein Staatsverbrechen und eine Verletzung der Verfassung sei. Die Nationalsozialisten erklärten die Verfassung einer verfassungsmäßigen Regierung. — Von Zentrumsfractionsseite wurde angeregt, daß man im Landtagsplenum der früheren Staatsregierung Gelegenheit zur Reue geben sollte. Präsident Kerrl erwiderte, daß ein Verfassungsverstoß mit der früheren Staatsregierung schwerlich, könne er einem Vertreter dieser Regierung nicht als Regierungsvertreter das Wort erteilen.

Es wurde vereinbart, daß ein Mitglied der früheren Regierung in seiner Abgeordneteneigenschaft vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung abgeben soll.

Der stellvertretende Reichskommissar Dr. Bracht hat seine Auffassung über die Stellung der kommissarischen Regierung

gegenüber dem Landtag schriftlich in der Weise festgelegt, wie er sie dem Landtagspräsidenten mündlich vorgelesen hatte. Persönlich werden sich weder der stellvertretende Reichskommissar noch die kommissarischen Minister an den Landtagsverhandlungen beteiligen.

Den Beamten der preussischen kommissarischen Regierung ist heute am Zusammentritt des Landtags ein Staatsministerialbescheid im Umlauf zur Kenntnis gebracht worden, wonach es

den Beamten der Regierung verboten ist, das Landtagsplenum, die Wandelgänge und die Restaurationsräume des Landtags zu betreten.

Da es sich bei diesen Räumen um die wesentlichen Teile des Landtagsgebäudes handelt, kann man von einem völligen Verbot für die Regierungsbeamten sprechen, das preussische Landtagsgebäude zu betreten. Inwieweit die kommissarische Regierung von diesem Verbot Ausnahmen zuläßt, im Sinne des von ihr bekundeten Entgegenkommens bei der Zusammenarbeit mit dem Landtag, steht bisher nicht fest.

Die Koalitionsverhandlungen noch nicht abgeschlossen

Berlin, 30. August. Der Geschäftsführer der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages erklärte einem Vertreter der Telegraphen-Union auf dessen Frage nach dem Stand der Koalitionsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum, daß in diesen Verhandlungen bisher noch keine Einigung erzielt sei. Die Besprechungen gingen jedoch weiter. Gegenwärtig läge die Verhandlungsführung bei den beiderseitigen Reichsleitungen. Auf die Frage, warum Nationalsozialisten und Zentrum im Reichsrat für eine erneute Vertagung des Landtages um mehr als drei Wochen gestimmt hätten, erwiderte Dr. Bracht, daß die beiden Parteien Bewegungsfreiheit für ihre Verhandlungen haben wollten, und daß sie im übrigen ja jederzeit ein früheres Zusammentreten des Landtages beschließen könnten.

Vertical text on the left margin containing various notices and advertisements.